

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RWB/023(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	Donnerstag, 26.10.2006	Altes Rathaus, Beimzimmer, Alter Markt 6, Magdeburg	17:00Uhr	20:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Haushaltsplan 2007
Haushaltssatzung 2007
Finanzplan bis 2009
Stellenplan 2007
Vorlage: DS0349/06
- 5 Anträge

- 5.1 Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen
Vorlage: A0147/06
- 5.1.1 Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen
Vorlage: S0181/06
- 5.2 Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks
Rothensee
Vorlage: A0159/06
- 5.2.1 Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks
Rothensee
Vorlage: S0201/06
- 5.3 Schiffshebewerk Rothensee
Vorlage: A0161/06
- 5.3.1 Schiffshebewerk Rothensee
Vorlage: S0200/06
- 6 Wirtschaftsstandort Magdeburg (Grundsatzpapier)
- 7 Ziele "Modellstadt erneuerbare Energien"
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Carsten Klein

Stadtrat Frank Schuster

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Heinz - Joachim Kapischke

Sachkundiger Einwohner Daniel Kraatz

Geschäftsführung

Herr Norbert Haseler

Verwaltung

Beigeordneter Dr. Klaus Puchta

Frau Petzold

Frau Jürgens

Frau Harter

Frau Kuhnhold

Gäste

Herr Ralph Tyszkiewicz

Nicht anwesende Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Dagmar Huhn

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Kornelia Keune

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 17.05 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Stadtrat Dr. Zimmer die Sitzung des RWB-Ausschusses. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde.

An der Sitzung nehmen 6 stimmberechtigte Stadträte, 2 beratende Stadträte und 2 sachkundige Einwohner teil. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Einige Ausschussmitglieder kamen etwas später.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung stellte Herr Stadtrat Dr. Zimmer fest, dass es keine Änderungen gibt.

Die Tagesordnung wurde von den Mitgliedern einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift

Es gab zwei Niederschriften zur Genehmigung, die vom 21.09.2006 (Sitzung zusammen mit dem StBV) und die Niederschrift von der Sitzung am 28.09.2006.

Es gab keine Hinweise oder Änderungen zu den beiden Niederschriften.

Ja: 4 Nein: 0 Enthaltungen: 1 zur Niederschrift vom 21.09.2006

Ja: 3 Nein: 0 Enthaltungen: 2 zur Niederschrift vom 28.09.2006

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.09.2006 wird bestätigt.

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2006 wird bestätigt.

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Haushaltsplan 2007
 Haushaltssatzung 2007
 Finanzplan bis 2009
 Stellenplan 2007
 Vorlage: DS0349/06
-

Frau Jürgens stellt mit der Hilfe von Diagrammen und Tabellen die vorliegende Drucksache zum Haushaltsplan 2007 vor. Es wurde auf Eckwerte, Fehlbedarfe, Einzelhaushalte und Risikos (z. B. durch Hartz IV) eingegangen. Die Konsolidierungsbemühungen wurden herausgestellt. Die Entwicklung des Budgets 3 wurde erörtert.

Herr Stadtrat Brüning erfragte zur Darstellung auf Seite 14 der Drucksache, beruhen die Einnahmensteigerungen auf realen wirtschaftlichen Entwicklungen? Dieses wurde von Frau Jürgens bestätigt, bei der Gewerbesteuer wird das gute Niveau vom Jahr 2000/01 wieder erreicht und stellt damit eine erfreuliche Entwicklung dar.

Herr Stadtrat Brüning verweist im Zusammenhang mit der Erhöhung von Einnahmen und einer Erhöhung der Effizienz in der Wirtschaftsförderung auf seinen Antrag 0024/06 „Ergebnisorientierte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung“ hin (bereits vom Beginn des Jahres), hierzu steht noch immer eine Stellungnahme aus. Es sollten Überlegungen erfolgen, wie mehr Einnahmen in der Wirtschaftsförderung erzielt werden können. Es sollte darüber nachgedacht werden, ob die Wirtschaftsförderung kostenfrei sein muss.

Herr Dr. Puchta erinnerte daran, dass hier im Ausschuss vereinbart wurde, im Zusammenhang mit dem Antrag erst einmal das Papier Wirtschaftsstandort Magdeburg zu diskutieren, zu dem Papier sollten Zuarbeiten aus den Fraktionen erfolgen, dieses ist bisher noch nicht erfolgt. Mit der Dienstleistung Wirtschaftsförderung Einnahmen zu generieren wird als sehr kritisch gesehen. Die Stadt Magdeburg steht in Konkurrenz mit anderen Standorten, dort wird keine Gebühr erhoben. Es wird sich darauf kein Unternehmen einlassen. Die Stadt Magdeburg wird dann nicht mehr mithalten können mit anderen Städten.

Einnahmen können nur über Unternehmensbeteiligungen generiert werden, z. B. wie mit dem Projekt am Zweigkanal oder der Kienbaumstudie, wo sich Unternehmen finanziell beteiligen. Solche Projekte können zu Einnahmen bei der Wirtschaftsförderung führen.

Herr Stadtrat Westphal bemerkt, das Problem des Haushaltes ist nicht unbedingt die Einnahmenseite, sondern die Ausgabenseite. Es wird zuviel ausgegeben, dieses ist das Problem der Stadt.

Frau Jürgens widerspricht der Aussage, nicht die Ausgaben, sondern die Einnahmen sind das Problem. Die Einnahmen der Stadt brechen weg, z. B. die Gelder und Zuweisungen des Landes werden gestrichen.

Herr Stadtrat Salzborn vertritt die Auffassung, dass über den Haushalt der Wirtschaftsförderung hier in grundsätzlicher Art diskutiert werden muss. Wie ist man bisher zurecht gekommen mit den finanziellen Mitteln, reichen die Mittel für eine vernünftige Wirtschaftsförderung, wo gibt es Probleme, hierzu werden Aussagen erwartet.

Wie sieht es mit dem Stellenplan aus, reichen die vorhandenen Stellen aus?

Herr Dr. Puchta stellt fest, dass der Haushaltsplan 2007 mit seinen Mitteln für die Wirtschaftsförderung immer noch vertretbar ist. Ziel ist es, intelligente Lösungen zu finden, um die Aufgabe Wirtschaftsförderung auf eine breite Finanzierungsbasis zu stellen.

Bezüglich der Stellen ist zu vermerken, dass natürlich immer noch jemand gebraucht werden könnte. Die vorhandenen Arbeitskräfte machen eine vernünftige Arbeit. Die Wirtschaftsförderung ist gut aufgestellt.

Zusätzlich zum Budget sind 105 T€ für die Weiterführung der Thematik „Wissenschaftsstadt“ im Jahr 2007 sowie 100 T€ für die Umsetzung des Stadtrats-Beschlusses zur Entwicklung einer Stadtmarketingstrategie vorgesehen.

Herr Stadtrat Klein möchte im Zusammenhang mit den Arbeitskräften wissen, für welche Dienstposten es in der Wirtschaftsförderung Zielvereinbarungen gibt.

Herr Dr. Puchta berichtete, dass bereits zu diesem Thema in der Stadtverwaltung diskutiert wird. Ein Einstieg wurde noch nicht gefunden. Es gelten die Regelungen des TVÖD. Ein Maßstab für die Wirtschaftsförderung zu finden ist sehr schwer.

Herr Stadtrat Klein regt an, diese Thematik nochmals im RWB- Ausschuss zu besprechen.

Im Weiteren erfolgte noch eine kurze Diskussion zu den Themen Haushalt und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, MVB-Zuschüsse und städtische Gesellschaften.

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Die Annahme der Drucksache 0349/06 wird empfohlen.

5. Anträge

5.1. Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen Vorlage: A0147/06

Herr Stadtrat Westphal gibt einige Erläuterungen zum vorliegenden Antrag. Das Ziel muss es sein, die Veranstaltungen der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit künftig von der Gebührenzahlung zu befreien.

Als Stadt muss ein eindeutiges Bekenntnis zur Gemeinwesenarbeit erfolgen, deshalb dürfen für die Veranstaltungen dieser Gruppen keine Mietzahlungen verlangt werden.

Herr Stadtrat Salzborn berichtet aus seiner Mitgliedschaft in zwei Arbeitsgruppen für Gemeinwesenarbeit. Es ist heute schon so, dass für die Veranstaltungen der Gemeinwesenarbeit keine Gebühren bezahlt werden. Es muss jedoch eine Gebührenbefreiung, wie in den Satzungen gefordert, auch beantragt werden. Ihm ist kein Fall bekannt, wo bei Veranstaltungen Gebühren bezahlt wurden.

Herr Stadtrat Westphal verweist auf den zweiten Absatz des Antrages, es ist kontraproduktiv für Veranstaltungen der Gemeinwesenarbeit Gebühren erheben zu wollen. Durch viel Verwaltungsaufwand werden diese dann erlassen.

Frau Petzold vom Fachbereich 02 macht deutlich, dass sie die Intension des Antrages zwar nachvollziehen kann. Nach gültiger Rechtslage muss jedoch immer der individuelle Einzelfall geprüft werden. Eine generelle Befreiung ist so nicht zulässig.

Für Herr Stadtrat Czogalla ist die vorliegende Stellungnahme eindeutig. Für die GWA muss das öffentliche Interesse genau wie für jede andere Gruppe bei Veranstaltungen nachgewiesen werden. In der Praxis wird nach seinen Erfahrungen so verfahren, dass für keine der im Antrag aufgezeigten Veranstaltungen eine Gebühr erhoben wird. Dem Antrag kann so nicht zugestimmt werden.

Herr Stadtrat Salzborn kann sich dieser Aussage anschließen.

Herr Stadtrat Brüning sieht ebenfalls nicht die Notwendigkeit des Antrages. Durch den Antrag werden nur Rechtsprobleme geschaffen.

Herr Stadtrat Westphal schlägt vor, den Antrag nochmals mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu besprechen und den Antrag zu überarbeiten.

Der Antrag soll auf der heutigen Sitzung zurückgestellt werden.

Mit dieser Vorgehensweise waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Der Antrag 0147/06 und die Stellungnahme 0181/06 werden zurückgestellt.

5.1.1. Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen
Vorlage: S0181/06

5.2. Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks
Rothensee
Vorlage: A0159/06

Herr Dr. Puchta berichtete zum derzeitigen Stand beim Schiffshebewerk. Neben der dargestellten Entwicklung ist zurzeit die entscheidende Frage, wie sich der Bund in der Zukunft bewegt bei der Eigentümer- und Betreiberfrage. Derzeit stehen die Verhandlungen mit dem Bund im Mittelpunkt der Bemühungen.

Herr Stadtrat Klein betrachtet die Bemühungen zum Erhalt des Schiffshebewerkes nicht als ruhenden Vorgang. Es sollte nachgedacht werden, wo ist noch welches Geld übrig und welche Maßnahmen können noch unterstützt werden.

Welche Nachbargemeinden können welches Geld einsetzen, um das Schiffshebewerk zu unterstützen?

Herr Stadtrat Westphal erinnert daran, dass auf der letzten Sitzung des RWB die Drucksache 0399/06 „Weiterbetrieb Schiffshebewerk“ behandelt wurde. In dieser Drucksache, die mittlerweile beschlossen ist, wird alles gesagt. Die Beschlusslage ist eindeutig, die Notwendigkeit der heutigen Anträge wird nicht gesehen.

Herr Stadtrat Brüning wirft ein, dass in der Sache Schiffshebewerk kein reiner Aktionismus betrieben werden sollte. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte erst einmal die Antwort aus dem Verkehrsministerium abgewartet werden.

Herr Dr. Puchta berichtete zu den Aktionen, die bereits in der Vergangenheit für den Erhalt des Schiffshebewerkes durchgeführt wurden. Er machte auch deutlich, dass die Stadt Magdeburg keine Chance hat etwas aus dem Haushalt für den Erhalt des Schiffshebewerkes zu bezahlen. Es sollten nicht zu hohe Erwartungen geschürt werden bei den Bürgern, die Enttäuschung bei Nichterfüllung ist dann nur umso höher.

Für Herr Stadtrat Czogalla haben sich die Anträge mit der Drucksache 0399/06 überschritten. Der weitere Weg ist in der Drucksache dargestellt, auf dem jetzigen Stand aufbauend sollte weiter gearbeitet werden.

Herr Stadtrat Klein kritisierte die zuvor gemachten Aussagen und findet das Wort Aktionismus in diesem Zusammenhang als nicht angebracht bzw. schädlich für die engagierte Arbeit der beteiligten Personen, die sich mit Engagement sich dem Schiffshebewerk verschrieben haben. Die vorliegenden Anträge können nicht einfach als erledigt betrachtet werden. Bis zum Ende des Jahres sollte nochmals überlegt werden, was man für den Erhalt des Schiffshebewerkes machen kann. Dieses hat nichts mit Aktionismus zu tun. Es müssen klare Zeichen gesetzt werden für das Schiffshebewerk. Das Ministerium in Berlin darf die Sache nicht aussitzen, spätestens Anfang des nächsten Jahres muss ein Zeichen in Richtung Berlin gesetzt werden.

Herr Stadtrat Salzborn unterstützt die Aussagen, wenn Ruhe in der Sache einkehrt, wird das Thema langsam einschlafen. Die Anträge dürfen nicht zurückgezogen werden.

Herr Stadtrat Brüning spezifizierte seine vorhergehende Aussage, er hat natürlich den Antrag gemeint und nicht das Engagement von Herr Stadtrat Klein in der Sache. In den vorliegenden Anträgen steht jedoch nichts Neues, sie sind nicht zielführend, die antragstellenden Fraktionen sollten sich nochmals dazu beraten, sie haben sich erledigt. Eine Zustimmung von seiner Seite kann nicht erfolgen.

Herr Dr. Puchta machte den Vorschlag, im Januar die Anträge nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen. Dann ist wohl auch eine Antwort aus Berlin vorliegend. Im Januar kann man dann entscheiden, ob die Anträge zurückgezogen werden oder nicht.

Herr Stadtrat Klein ist mit diesem Vorschlag einverstanden. Es soll erst einmal abgewartet werden bis eine Reaktion aus dem Verkehrsministerium vorliegt.

Die Mitglieder waren einstimmig dafür, die Anträge auf die Sitzung im Januar zu vertagen.

Der Antrag 0159/06 wurde vertagt.

5.2.1. Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks
Rothensee
Vorlage: S0201/06

5.3. Schiffshebewerk Rothensee
Vorlage: A0161/06

Die Diskussion des Tagesordnungspunktes fand zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 5.2 statt.

Der Antrag 0161/06 wurde vertagt.

5.3.1. Schiffshebewerk Rothensee
Vorlage: S0200/06

6. Wirtschaftsstandort Magdeburg (Grundsatzpapier)

Herr Stadtrat Dr. Zimmer stellt fest, dass zum Grundsatzpapier aus den Fraktionen keine Zuarbeiten vorliegen. Die Zuarbeit aus den Fraktionen wurde bereits vor einigen Monaten auf einer Ausschusssitzung festgelegt.

Herr Stadtrat Westpahl schlägt vor, dass das vorliegende Papier so beschlossen werden kann, es sollte nicht nochmals verschoben werden. Das Papier ist keine statische Sache, eine Fortschreibung sollte kontinuierlich erfolgen. Gegen eine heutige Befürwortung ist nichts einzuwenden.

Herr Stadtrat Brüning wirft ein, dass er längere Zeit nicht an den RWB- Sitzungen teilnehmen konnte, er möchte in der Fraktion das Papier diskutieren und sich die Zustimmung der Fraktion in der Sache holen. Es sollte auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Herr Stadtrat Klein erklärt, dass er mit dem vorliegenden Papier mitgehen kann, es gibt jedoch kein Problem, wenn man es nochmals um 4 Wochen vertagt.

Insgesamt hatten die Mitglieder keine Einwände gegen eine Verschiebung auf die nächste Sitzung.

Per Mail wird das Papier in den nächsten Tagen den einzelnen Fraktionen zur Vervielfältigung übersendet. Hinweise oder Ergänzungen können dem Dezernat III vor der nächsten Sitzung übergeben werden.

7. Ziele "Modellstadt erneuerbare Energien"

Herr Stadtrat Dr. Zimmer berichtete zu den vorliegenden Unterlagen, Ziel muss es sein, einen konkreten Maßnahmenplan zu entwickeln für die Modellstadt erneuerbarer Energien. Die Frage muss geklärt sein, was will man für Maßnahmen, welche die auf den Wissenschaftsstandort bezogen, auf den Produktionsstandort bezogen oder auf den Verbraucherstandort bezogen sind.

Herr Dr. Puchta geht auf das vorliegende Papier ein. Er machte deutlich, dass es mit der GWM, der Hochschule, den Stadtwerken und Herrn Westpahl abgestimmt ist. Allein wird die Stadtverwaltung das Ziel Modellstadt erneuerbarer Energien zu werden nicht umsetzen können. Es ist das Engagement vieler und insbesondere der Unternehmen gefordert. Das Papier ist bereits schon sehr konkret.

Herr Stadtrat Czogalla befürwortet das Papier, es ist ein guter Ansatz. Es muss jedoch auch darauf geachtet werden dass z. B. mit Maßnahmen nicht direkt in den Haushalt der Stadt eingegriffen wird, z. B. freies Parken in städtischen Parkhäuser für Autos mit umweltschonenden Kraftstoffen. Die Maßnahmen sollten erst mal nur als Idee gesehen werden.

Herr Tyszkiewicz berichtete, dass der Stadtratsbeschluss zur Modellstadt erneuerbarer Energien bei den Unternehmen zu Irritationen geführt hat. Unternehmen verbanden damit konkrete Unterstützung, z. B. Zuschüsse für den Bau von Anlagen. Von städtischer Seite können wir den Unternehmen jedoch keine finanziellen Mittel geben. Die Frage steht im Raum, ob die Stadt Magdeburg bereit ist, für das Thema finanzielle Mittel zu geben.

Herr Stadtrat Westpahl stellt die entscheidenden Fragen, wie gehen wir auf die drei Maßnahmenfelder ein? Was kann am günstigsten gemacht werden? Mit wem kann man es am Besten machen? Was ist zu machen, um die Sache weiter zu bringen? Welche neuen Impulse benötigt die Wirtschaftsförderung um weiter zu kommen.

Herr Kraatz ergänzt, die wichtigste Frage ist, ob die Stadt auch mit finanziellen Mitteln hinter der Aussage Modellstadt für erneuerbarer Energie steht. Eine Ideenliste kann ein erster Schritt sein, es müssen jetzt weitere folgen.

Herr Stadtrat Stage macht deutlich, dass ein Organisationspapier fehlt, eine konzentrierte regelmäßige Arbeit an der Sache fehlt. Das Thema in seiner ganzen Breite überfordert die Arbeit des Ausschusses und kann hier nicht geleistet werden.

Herr Dr. Puchta bemerkt, dass durch das vorliegende Papier doch bereits einige Fragen beantwortet werden. Wo will man z. B. tätig werden, wird im Papier dargestellt. Selbstverständlich kann das Papier weitergeführt werden, wir können jedoch nicht immer wieder auf die Grundsatzebene zurückgehen kommen.

Herr Stadtrat Schuster kritisiert, dass keiner aufzeigt, wie es nun weitergehen soll in der Sache. Über konkrete Schritte sollte gesprochen werden.

Herr Stadtrat Westphal regt an, dass das Thema permanent auf der Tagesordnung stehen sollte, hierzu benötigt die Stadt eine Organisationsstruktur, bis zum Ende des Jahres sollte hierzu etwas festgesetzt sein.

Für eine der nächsten Sitzungen sollten Geschäftsführer von Unternehmen aus dem Bereich erneuerbarer Energien in den Ausschuss eingeladen werden, um das Thema mit Impulsen zu untersetzen.

Am Ende einer umfangreichen Diskussion richtete Herr Dr. Puchta die Bitte an die Mitglieder, dem Dezernat III Hinweise, Ergänzungen oder Kritik zuzuarbeiten, bis zur nächsten Sitzung könnte das vorliegende Papier dann überarbeitet werden.

8. Verschiedenes

Herr Stadtrat Dr. Zimmer informierte, dass die bei der letzten Sitzung geplante und ausgefallene Stadtführung erst im Frühjahr nachgeholt wird. In den Wintermonaten macht eine Stadtführung zur späten Nachmittagsstunde keinen Sinn.

Herr Stadtrat Schuster sprach das Problem von zu großen Losgrößen bei städtischen Ausschreibungen an, z. B. beim Thema Schulsanierungen. Er machte die Nachteile von PPP Public Private Partnerschip- Aktivitäten deutlich. Die PPP's kommen vor allem ortsfremden Unternehmen zu Gute. Die kleinen heimischen Unternehmen sind wieder abgehängt und haben keine Chancen bei Vergaben. Es müssen mehr Belange der einheimischen Wirtschaft beachtet werden.

Herr Stadtrat Stage erinnert daran, dass erst durch eine gewisse Losgröße finanzielle Einsparungseffekte erzielt werden. Um Einsparungen zu erzielen und um Kosten zu sparen sind größere Ausschreibungslose eines der wichtigsten Instrumente für eine kostenbewusste Stadt. Die kleineren Betriebe sind gefordert sich in AG's zusammen um eine Ausschreibung zu bewerben.

Bezüglich der PPP- Aktivitäten hat sich die Stadt in der Vergangenheit eindeutig hierzu bekannt, deshalb sollte man den eingeschlagenen Weg jetzt nicht wieder verlassen. Die Grundsatzdiskussion wurde hierzu bereits geführt, können nicht immer wieder von Beginn an alles Hinterfragen.

Im Weiteren wurde das Thema noch recht gegensätzlich diskutiert. Als Schlusspunkt stellte Herr Stadtrat Schuster fest, dass das Thema weiterhin sensibel behandelt werden muss, gerade im Wirtschaftsausschuss muss deshalb hierzu diskutiert werden.

Herr Dr. Puchta berichtete zur Reise nach Habin in China, zur Messe Perspektiven mit Beteiligung von Logistikunternehmen und zur Messe Expo Real in München.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Gerd Zimmer
Vorsitzende/r

Norbert Haseler
Schriftführer/in